



Sehr geehrte  
Damen und Herren,  
liebe Freunde,

traditionell begann die Arbeit des Deutschen Bundestages nach der parlamentarischen Sommerpause mit der ersten Lesung des Bundeshaushaltplanes 2016. Schwerpunkt dieser Haushaltsdebatte war die aktuelle Situation zu Thema Flüchtlinge und Asyl.

Aufgrund der aktuellen Beschlüsse der Bundesregierung zum Asylrecht wird Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble einen Nachtragshaushalt vorlegen müssen. Ziel bleibt es aber weiterhin, dass trotz Mehrausgaben die „schwarze Null“ im Haushalt erhalten bleibt.

Lesen Sie auf den folgenden Seiten, was in dieser Haushaltswoche ebenso diskutiert wurde.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein schönes Wochenende!

Herzlichst Ihre

Jutta Eckenbach MdB

## Persönliche Erklärung zum WAZ-Artikel

„ [...] Die letzten Jahre waren auch geprägt von kommunalen Skandalen. Kann die CDU dabei überhaupt anklagend auftreten? Einige Christdemokraten hängen doch tief mit drin.

Also: Bei der OB-Wahl geht es um Herrn Paß oder Thomas Kufen, nicht um Christian Hülsmann, Jutta Eckenbach oder Bernhard Görgens. [...]“

In der Antwort auf die oben dargestellte Frage wurde ich namentlich erwähnt. Hierzu stelle ich fest, dass ich nirgends „tief mit drinhänge“ und gebe ich folgende Erklärung ab:

1. Meine Kinder Andreas Eckenbach (44 Jahre) sowie Melanie Goworek (39 Jahre) sind seit 10 bzw. 13 Jahren bei den Entsorgungsbetrieben Essen beschäftigt. Beide haben das Fachabitur erworben, eine kaufmännische Ausbildung erfolgreich absolviert, in unterschiedlichen Firmen ihre Fachkenntnisse erweitert und sich offiziell bei den entsorgungsbetrieben Essen beworben, sind in einem Auswahlverfahren beurteilt worden, dann aufgrund ihrer fachlichen Vorkenntnisse eingestellt worden. (Wie dies in anderen

Städtischen Tochtergesellschaften, deren Mütter und Väter Aufsichtsratsmitglieder waren oder sind, heute noch ist.)

2. Ich habe Herrn Kunze Ende des Jahres 2013 persönlich aufgesucht und ihm mitgeteilt, dass ich ihn nicht wieder wählen könnte und würde und habe einer Entlastung des Geschäftsführers für das Jahr 2012 nicht zugestimmt.
3. Die Mehrheitsverhältnisse im Aufsichtsrat der Entsorgungsbetriebe ließen es nicht zu, dass von mir gestellte kritische Fragen, beantwortet wurden.
4. Eine Änderung der Mehrheitsverhältnisse in diesem von Arbeitnehmern und SPD beherrschtem Aufsichtsrat wurde auch von unserer damaligen Fraktion trotz meiner Bitten nicht gefordert.

Ich bitte um Verständnis, dass ich kurz vor der wichtigen Oberbürgermeisterwahl diese persönliche Erklärung abgeben muss. Aber ich habe auch die Persönlichkeitsrechte meiner Familie zu beachten.

## Veranstaltungshinweise:

**22. September, 11 Uhr**

Gespräch mit dem Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen **Roland Jahn** in der Realschule in Stoppenberg.



© RBB

**22. September, 19 Uhr**

„A40—Autobahnausfahrt Frillendorf“  
Gespräch mit MdL Wilhelm Hausmann (baupolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion), Uwe Kutzner (Rat der Stadt Essen), Jan Borkenstein (IHK Essen) in den Räumen der Fa. Delker, Manderscheidtstraße 20, 45141 Essen

Sie sind herzlich willkommen!



## Bundeshaushalt 2016

Die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik darf und wird vor dem Hintergrund der massiv gestiegenen Asylbewerberzahlen ihre bisherigen Aufgaben nicht aus den Augen verlieren. Auch im Jahr 2016 wird der Etat für Arbeit und Soziales der größte Ausgabenposten mit über 127 Mrd. Euro bleiben, vor allem wegen der Bereiche Rente und Arbeitslosengeld II. Der gesamte Bundeshaushalt wird ca. 312 Mrd. Euro betragen. Nicht eingerechnet sind hier die Sonderausgaben, die in der Flüchtlingspolitik noch auf uns zukommen.

Der Arbeitsmarkt in Deutschland zeigt sich nach wie vor in sehr guter Verfassung. Die Erwerbstätigenzahl wird in diesem Jahr wahrscheinlich um 300.000 Personen steigen und die Arbeitslosigkeit wird weiter zurückgehen. Zu Recht hat die Bundeskanzlerin in ihrer Rede

zur Haushaltspolitik in dieser Woche auf die gute Ausgangslage in Deutschland hingewiesen. Wir dürfen jedoch nicht aus dem Blick lassen, dass sich die aktuelle Flüchtlingssituation auch auf die kommenden Jahre auswirken wird - so auch auf den Arbeitsmarkt. Daher ist eine frühzeitige Arbeitsmarktintegration wichtig, damit die gute Konjunktur fortgesetzt werden kann.

Wir werden weiterhin intensiv in Infrastruktur sowie Bildung und Forschung und somit in die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen investieren und dennoch die Mehrausgaben im sozialen Bereich stemmen können. Denn keine Gruppe ist wichtiger als die andere.

Auch werden wir den Langzeitarbeitslosen noch effektiver den

Weg in den Arbeitsmarkt ebnen - gerade weil dieser Arbeitsmarkt so stabil und aufnahmefähig ist.

Die arbeitsmarktpoliti-



© Bundesministerium der Finanzen,  
Foto: Ilja C. Hendel

schen Instrumente sollen weiterentwickelt werden, um Langzeitarbeitslose passgenauer und schneller vermitteln zu können.

Dabei sollen die Fähigkeiten und Fertigkeiten des betroffenen Menschen im Vordergrund und im Fokus der Förderung stehen und weniger der mühsame Ausgleich von eventuellen Defiziten.

## Herausforderungen in der Flüchtlingspolitik

Wir stehen vor einer außergewöhnlichen Herausforderung im Bereich der Flüchtlingspolitik — einer nationalen Bewährungsprobe für Deutschland. Daher hat der Koalitionsausschuss das folgende Maßnahmenpaket beschlossen:

Das **Asylverfahrensrecht** ist fortzuentwickeln. Wesentlich ist hierbei etwa eine Verlängerung der zulässigen Aufenthaltshöchstdauer in Erstaufnahmeeinrichtungen auf bis zu sechs Monate für alle Asylantragsteller, für Antragsteller aus sicheren Herkunftsstaaten bis zur Aufent-

haltsbeendigung (jeweils mit entsprechender Verlängerung der Residenzpflicht). Montenegro, Albanien und der Kosovo sollen auch als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden.

Ebenso werden wir **Fehlanreize**, die unser Sozialsystem insbesondere für abgelehnte Asylsuchende setzt, **beseitigen**. Geldleistungen werden nur noch maximal einen Monat im Voraus gezahlt und auch die Sozialleistungen für vollziehbar Ausreisepflichtige (ohne Duldung) werden auf das unverzichtbare Mindestmaß reduziert. Schließlich dürfen **Ab-**

**schiebungen** künftig nur noch drei Monate ausgesetzt werden (bislang sechs Monate).

Es werden in den kommenden drei Jahren **3.000 zusätzliche Stellen bei der Bundespolizei** geschaffen. Neben der nationalen Anstrengung gilt es insbesondere auf europäischer und internationaler Ebene nachhaltige Maßnahmen zur Verringerung der Asylbewerber- und Flüchtlingszahlen zu vereinbaren und umzusetzen.

Mehr unter:

[www.JuttaEckenbach.de](http://www.JuttaEckenbach.de)

## Hilfen für ehemalige Heimkinder

In dieser Woche traf ich erneut mit der Vertretern der Arbeitsgemeinschaft der ehemaligen Heimkinder zusammen.

Diskutiert haben wir Vorschläge für ein Hilfesystem für Menschen, die als Kinder und Jugendliche in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe und in psychiatrischen Einrichtungen misshandelt wurden.

In diesen Einrichtungen haben in der alten Bundesrepublik zwischen 1949 und 1975 und in der DDR zwischen 1949 und 1990 schätzungsweise

100.000 Menschen großes Leid ertragen.

Diese Einrichtungen lagen in der Verantwortung der Bundesländer und der Kirchen und es ist daher unverständlich, dass sich einige Bundesländer und zum Teil auch die Kirchen nicht dieser Verantwortung stellen.

Der Bund ist bereit, sich mindestens zu einem Drittel an der Entschädigung zu beteiligen. Daher sind die nun auf

dem Tisch liegenden Vorschläge zur Entschädigung durch den Bund, die Länder und die Kirchen ein erster wichtiger Schritt.





## Juttas Woche in Essen (während der Sommerpause)

Die Zeit in der parlamentarischen Sommerpause habe ich genutzt, um mit den verschiedensten Menschen, Vereinen und Verbänden ins Gespräch zu kommen. Hier ein kleiner Auszug aus den letzten Wochen:



Besuch des Weigle-Hauses mit Sabine Weiss MdB.

Veranstaltung und Gespräch mit dem Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maiziére zum Thema Asyl und Flüchtlinge.



Teilnahme an der Demonstration des Bundes der vereinten Therapeuten in Essen auf dem Kennedyplatz. Noch heute habe ich in Berlin zu den Anliegen weitere Gespräche geführt.



Besuch des Zeltorfes Altenbergshof in Altenessen – Süd.

Übernahme der Schirmherrschaft der „Kinderfahrt mit Trikes“. Diese tolle Initiative wurde zum 11. Male von Gabi Thomayer auf die Beine gestellt. Über 100 schwerkranken Kindern wurde bei der Fahrt durch die Stadt auf einem Trike eine kleine Auszeit von den durch Krankheit bestimmten Gedanken gegeben.



Tolle Aktion und ich freue mich auf die Teilnahme im kommenden Jahr!

de der Besuch der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in Essen. Auf einer Großveranstaltung auf dem Kennedyplatz unterstrich sie noch einmal, dass es unsere humanitäre Pflicht ist, in der aktuellen Situation Flüchtlinge aufzunehmen und Hilfe zu leisten.



Den Abschluss der Sommerpause bildete der Besuch der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in Essen.



Am Rade der Veranstaltung demonstrierten Mitglieder der sog. Familien-Union mit „DANKE FRAU Merkel“-Plakaten.

### Kontakt

#### Büro Berlin

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel. 030 227-72567  
Fax 030 227-76569

#### Büro Essen

Blücherstraße 1  
45141 Essen

Tel. 0201 80 67 38 68  
Fax 0201 80 6738 70

[www.JuttaEckenbach.de](http://www.JuttaEckenbach.de)

[www.facebook.com/JuttaEckenbachMdB](https://www.facebook.com/JuttaEckenbachMdB)

[jutta.eckenbach@bundestag.de](mailto:jutta.eckenbach@bundestag.de)